

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
S. Schellenberg'sche Buchdruckerei, Tagblatt-Druckerei,
Geislarstraße 7. Hier morgens bis 1 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen
Unterhaltungsbeilage.



Ercheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Jahrespreis: 6 Mark
Reiniger Satz: Berlin-Weidenborf.

Bezugspreise: Für eine Kopiezeit von 3 Wochen 24 Pf., für einen Monat 40 Pf., für ein
Jahr 720 Pf. Durch die Post bezogen RM. 2.25, einschließlich 42 Pf. Postgebühr, Einzahl-
nummern 10 Pf. — Bezugsbedingungen: nehmen eine der Beilagen, die Ausgabebehalten, die
Zeitung und alle Beilagen. — In Fällen höherer Gewalt oder Betriebsstörungen haben die
Beleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bezugspreise: Ein Zentimeter Höhe der 22 Millimeter breiten Spalte im Anzeigenblatt
6 Pf., der 36 Millimeter breiten Spalte im Textteil 45 Pf., sonst laut Tarif Nr. 2,
Anzeigenblatt C. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen
nach dem Tarif. — Zahlung der Anzeigen-Einnahme 10 Tage nachmittags,
gehörige Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegraphischer Brief: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rufsens.

Veröffentlichung: Druckort a. M. Nr. 7108.

Nr. 88.

Samstag, 30. März 1935.

83. Jahrgang.

Lufteintreibung Deutschlands.

Der Plan eines französischen Luftfachverständigen. — Tschechoslowakische
Flugplätze für Sowjetrußland.

Was sagt London?

aus Berlin, 30. März. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) In dem gleichen Augenblick, in dem in
Paris Herr Titulescu als Vertreter der Kleinen
Entente mit Laval verhandelt und in einer Zeit, in der
sich der französische Außenminister auf seine Moskauer-
reise vorbereitet, die dem Abschluß des Diplo-
matenkongresses dienen soll, tritt ein französischer
Luftfachverständiger, Major André Langron, mit einem Plan hervor,
dessen Ziel die Lufteintreibung Deutschlands ist.
Allerdings ist dieser Plan nicht völlig auf
die Lufteintreibung abgestellt. Er bezieht sich auch
auf die Reformen, die nach Ansicht dieses Sachverständigen
in der französischen Luftfahrt erforderlich sind.
So wird beispielsweise die Förderung erhaben, Frankreich
sollte auf den Bau des 35 000-Tonnen-Kreuzers
verzichten und lieber die hierfür aufzubringende ziem-
lich beträchtliche Summe für neue Luftstützen ausgeben.
Es wird auch weiter gefordert, daß Frankreich
einen Flugzeugtyp entwickeln soll, der jedem be-
kannten deutschen Apparat klar überlegen sein muß
und der dann in Serien gebaut werden sollte. Inter-
essant ist an dieser Stelle auch noch beachtenswerte
Vorschlag, daß Major Langron ganz klar die
Bildung einer einheitlichen Luftfront
Frankreich-Italien-Kleine Entente-
Sowjetrußland fordert. England soll vorerst
aus dem Spiele bleiben, da es schwerlich für ein solches
„Verteidigungsbündnis“ zu haben ist. An sich wird in
diesem Vorschlag je nur die bekannte Linie der fran-
zösischen Politik weiter geführt, zumal auch bekannt ist,
daß auch seit geraumer Zeit eine enge Zusammenarbeit

zwischen der französischen und sowjetrussischen Luftfahrt
stattfindet, eine Zusammenarbeit, die schon von Pierre
Cot eingeleitet wurde. Wenn nun auch die Kleine
Entente einbezogen werden soll, so wird man sich an
ein Wort sowjetrussischer Piloten erinnern müssen, die
die tschechoslowakischen Luftstützen südlich
von Prag schon vor einiger Zeit als „ideale Einwahlfest-
plätze für ihre schweren Bomber gegen die schlesischen, sächsi-
schen und bayerischen Industriegebiete sowie gegen
Berlin bezeichnet haben. In der Tat wären für sowjet-
russische Bombengeschwader nur etwa 1500 Kilom. Luft-
strecke von der Ukraine an der rumänisch-polnischen
Grenze entlang und dann durch die Tschechoslowakei
bis zu diesen Flugplätzen zurückzulegen, um von hier aus
zusammengedrungene Verteidigungsangriffe auf die
grenznahen und ungeklärten Siedlungen
Deutschlands durchzuführen. Dieser Hinweis verdient
besonders Beachtung, wenn man sich vor Augen hält,
welche ungeheure Anstrengungen Sowjetrußland unter-
nimmt, um seine Luftflotte auszubauen. Interessant
ist, daß die Franzosen zunächst nicht auf die Mitwirkung
der Engländer rechnen zu können glauben. Ganz
offenbar will man aber auch durch die Veröffentlichung
eines solchen Planes auf England einwirken. Wenn
die Engländer sich für den Ausbau ihrer Luftmacht
einsetzen, so geschieht das ja nicht in erster Linie wegen
der im Ausbau befindlichen Reichsflugzeuge, sondern
vielmehr wegen der ungeheuren französischen Luft-
stützen, die man in England mit steigender Begehr-
nis verfolgt. In Paris aber hofft man offensichtlich
durch die Veröffentlichung von Plänen, wie den von
Major Langron, einen Druck auf London aus-
üben und England im Sinne der französischen Politik
beeinflussen zu können.

Blick in die Welt.

Glückt die neue englische Vermittlungs-
aktion, gelingt es, die Fragen der Sicherheit
der Rüstungsbeschaffung endlich ihrer
Lösung näher zu bringen, das ist das Pro-
blem, mit dem sich immer die internationale
Presse beschäftigt. Da diese ganzen Besprechungen
und Verhandlungen sich hinter verschlossenen Türen ab-
spielen und die amtlichen Meldungen meist nicht sehr
ausschlagreich sind, so begnügt man in den Spalten der
internationalen Wäuter mehr Vermutungen
und Kombinationen als Tatsachen. Vor allem
aber geht ein Regen guter und weniger guter Rat-
schläge auf die Engländer nieder, wobei es — auch das
soll nicht verschwiegen sein — leider auch nicht an
Beharrlichkeit gegen das neue Deutschland
fehlt. Wir fürchten, daß dieser Zustand eine Weile
anhalten wird, denn zunächst hat ja Herr Eden seine
Diktire, die ihn von Moskau über Warschau nach Prag
führt, eben erst begonnen. Aber erst wenn Eden nach
London zurückgekehrt ist, kann sich das englische Kabi-
nett, das dann die Meinungen aller großen Länder
kennen wird, über seinen nächsten Schritt klar werden
und seine Pläne für Sizilien aufstellen, wobei dann noch
immer die Frage offen bleibt, was aus diesen Plänen
auf der Dreierkonferenz am Lago Maggiore werden wird.

Diese Zeit zwischen Berlin und Strefa benützt der
rumanische Außenminister Titulescu, um die Lage
für die Kleine Entente zu klären. Er hat nach-
einander mit dem südländischen und dem tschecho-
slowakischen Außenminister konferiert und sich dann
auf den für ihn so verträumten Weg nach Paris
gemacht. Daß die Kleine Entente in dieser Situation
nicht zerfallen würde, war vorauszusetzen. Sie
will verhindern, daß Österreich, Ungarn und
ihre Wehrhoheit wieder erlangen. Nun würde es Paris
sicher nicht ungem fallen, wenn Österreich, dem man
ja schon einmal eine Erhöhung seines Heeresbestandes
zugestimmt hat, in dieser Hinsicht gewisse Zug-
stände gemacht werden. Mussolini seiner-
seits hat sehr klar erkennen lassen, daß sich die militä-
rischen Bestimmungen der Friedensverträge Ungarn
und Bulgarien gegenüber, selbstverständlich gilt
das auch für Österreich, nicht länger aufrecht erhalten
lassen. Paris gerät damit in eine gewisse Zwangslage,
denn es möchte weder der Kleinen Entente noch Italien
vor den Kopf stoßen. Man darf also gespannt sein, was
Titulescu in Paris zu hören bekommen wird.

Die belgische Regierungstrife ist
nach einigem Hin und Her beendet. Der
bisherige stellvertretende Gouverneur
Wendepunkt, der Nationalbank, van Zeeland, hat
ein Konzentrationsskabinett gebildet, in
dem 6 Katholiken, 4 Liberale und 5 Sozialisten sitzen.
Der neue Ministerpräsident, der auch das Außen-
ministerium übernahm, ist 42 Jahre alt und besitzt das
volle Vertrauen des Königs. Er gilt als ein Mann
von Entschlossenheit und fähiger, aber nicht revolutionä-
rer Auffassung. Sein Kabinett tritt bestimmt keine
leichte Erbschaft an, denn der Ruus des Belga ist
seit dem Rücktritt des Kabinetts Theunis sehr beträch-
tlich weiter gesunken, so daß man sich am Donnerstag in
Brüssel veranlaßt sah, die Börsen zu schließen.
Die Maßnahme mußte getroffen werden, um die über-
hand nehmende Spekulation und vor allem die Flucht
in die Anlagewerte zu verhindern. Immer-
hin kennzeichnet diese Maßnahme die Situation klar
und eindeutig. Den mannigfachen Verlockungen, den
Belga abzuweichen, hatte sich das Kabinett Theunis bis
zuletzt widersetzt. Es hatte gehofft, hierbei die Unter-
stützung Frankreichs zu erlangen, aber diese Hoffnungen
erwieben sich delamantlich als trügerisch. Das Ka-
binett Theunis war also den Weg der Deflation ge-
gangen, es hatte verneint, durch eine Politik der Lohn-
und Preisenkung die belgische Wirtschaft auf dem
Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten. Daß ein solcher
Weg nicht leicht ist, wissen wir aus den Erfahrungen
der Ara-Grüning. In Belgien drohten wiederholt
schwere Wirtschaftskrisen und nur in letzter Minute
geling es, solche Kämpfe zu verhindern, um den Preis
gewisser Jugendländerei. Das Ende des Kabinetts
Theunis bedeutet damit zugleich aber auch mehr als
einen der üblichen Kabinettswechsel, denn tatsächlich
steht Belgien jetzt am Wendepunkt seiner
Wirtschaftsgeschichte. Aber darüber hinaus
geminnt die belgische Frage eine sehr erhebliche Bedeu-
tung, denn es ist auch für den sogenannten Goldblock
zu diesem Block gehören die Staaten Frankreich, Holland,
Belgien, Luxemburg, Schweden, Italien und Polen zu-
sammen — ein schwerer Schlag, wenn aus diesem

Bericht des Führers über die Verhandlungen mit den englischen Ministern.

Das Kabinett erledigt den Haushalt für 1935.

Berlin, 29. März. Vor Beginn der heutigen Kabinetts-
sitzung gab der Führer und Reichskanzler in einer Mi-
nisterbesprechung einen eingehenden Bericht über die
mit den englischen Ministern geführten poli-
tischen Verhandlungen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich alsbald vorzugsweise
mit dem Reichshaushalt für 1935, der nach dem
Vorhinein der Reichsfinanzminister nach eingehender Erörte-
rung angenommen wurde. Mit Rücksicht auf den noch nicht
endgültig feststehenden Ausgabenplan, der für die bishe-
rigen auf das Reich übertragene Länderjustizverwal-
tungen und für das Gaargebiet kann eine endgültige Gesamt-
summe für den Reichshaushalt noch nicht festgelegt werden.

Der Reichshaushalt für 1935 ist ein drittes
Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzabwärtungs-
gesetzes, wodurch die noch verbliebenen ungetroffenen Ver-
bindlichkeiten der Gemeinden bereinigt werden, sowie ein Ge-
setz über die Regelung des Bundesdarlehens der
öffentlichen Hand, durch das eine Reichsstelle für diese
Zwecke errichtet wird, die dem Reichskanzler unmittelbar
untersteht. Durch ein besonderes Gesetz wird die Landes-
verwaltung für Zwecke der Wehrmacht noch im einzelnen ge-
regelt. Angenommen wurden zwei Änderungen des
Verordnungsverfahrens, sowie schließlich ein Reichsgesetz
über den Zweckerband Reichsparteitag Nürnberg.

Zweckerband Reichsparteitag Nürnberg.

Berlin, 29. März. Das heute von der Reichsregierung
beschlossene Gesetz über den Zweckerband Reichsparteitag

Nürnberg sieht als Mitglieder des Zweckerbandes
die NSDAP, das Deutsche Reich, das Land
Bayern und die Stadt Nürnberg vor. Er ist eine
Körperschaft des öffentlichen Rechtes und hat seinen Sitz
in Nürnberg. Organe des Zweckerbandes sind der Leiter des
Zweckerbandes und die Verwaltungsräte. Leiter und Stell-
vertreter werden vom Führer und Reichskanzler bestimmt.
Der Leiter kann einen Vertreter der Reichsbahn, der Reichs-
post und der Reichsautobahnen, sowie sonstige Verbände hin-
zuziehen. Der Leiter des Zweckerbandes führt die Verwal-
tung in voller ausschließlicher Verantwortung. Er hat vor
Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung, insbesondere zur
Feststellung des Haushaltsplanes usw. die Verwaltungsräte
zu hören. Er erdebt ein Verwaltungsrecht Einspruch, so hat der
Leiter die Entscheidung des Führers und Reichskanzlers her-
beizuführen. Der Leiter des Zweckerbandes vertritt den
Zweckerband gerichtlich und außergerichtlich. Er kann mit
der Stadt Nürnberg koalitionen, an dessen Stelle im Ver-
hinderungsfalle der Bürgermeister der Stadt Nürnberg tritt.
Die Kosten des Zweckerbandes werden durch
Spenden und Beiträge aufgebracht.

In der Begründung wird u. a. gesagt, daß die Aus-
stattung der Stadt Nürnberg für die Reichs-
parteiitage so erhebliche Aufwendungen erfordert, daß die
Stadt nicht in der Lage sei, alleinige Trägerin der Bau-
kosten zu sein. Es handelt sich dabei insbesondere um die
großen Versammlungsplätze, Eintritzsäulen, neue Straßen-
anlagen, insbesondere Marktplatzanlagen, die große Kongreß-
halle, Lagerplätze, Kulturhalle, Umänderungen des Duden-
Leibes und des Tiergartens. Der Zweckerband soll die
Kosten der künftigen Bauausführungen tragen, während der
Aufwand der Vergangenheit außer Betracht bleiben soll.

Die Auswirkung der Belga- Abwertung.

aus Berlin, 30. März. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) Die in der gestrigen Regierungserklärung des
neuen belgischen Kabinetts angekündigte Abwertung des
Belga um 25 bis 30 Proz. kommt nicht überraschend, nach-
dem durch die Spekulationen und durch die Kapital-
flucht der Belga unterminiert war. Belgien hat sich unter
solchen Umständen zur Abwertung gezwungen gesehen, von
der es nun eine günstige Wirkung für seinen Außenhandel
erhofft. Ob sie eintreten wird, bleibt abzuwarten. Ist doch
der Verlauf solcher Abwertungsversuche nie-

im voraus zu übersehen. Für die Weltwirtschaft sind die
belgischen Maßnahmen äußerst befallenswert insofern, als
sie das Währungschaos in der Welt noch fester
machen. Es ist auch noch nicht zu übersehen, welche Folgen
die Abwertung und Wirtschaftskrisen für Belgien
haben werden. Die Abwertung wird nach einer allgemeinen Stabi-
lisierung der Währungen neuen Auftrieb ver-
leihen, zumal man mehr und mehr die Meinung vertritt,
daß Englands Wirtschaftslage, die unerkennbare Still-
stehungserscheinungen zeigt, nicht ohne eine allgemeine Welt-
währungsbelebung gebessert werden kann. Von solchen Er-
kenntnissen bis zu praktischen Schritten dürfte aber noch ein
langer Weg sein.

Blod jetzt ein wichtiges Stück herausgedröhen wird. Jedenfalls aber werden in Belgien währungspolitische und wirtschaftliche Fragen auf längere Zeit hinaus im Vordergrund stehen.

Mit der Annahme der neuen polnischen Verfassung durch den Sejm ist in Polen nunmehr auch formell dem Parlamentarismus ein Ziel gesetzt. Immer wieder hat Piłsudski und sein Kabinett den Kampf gegen den Parlamentarismus geführt in der Erwartung, welche Gefahr hier dem polnischen Staat erwacht. So steht die Annahme der neuen Verfassung gewissermaßen den Schlußstein zu einem Gebäude, an dem seit jenen Wahlen des Jahres 1926, als Piłsudski sich wieder zum Träger der Macht ausruhen ließ, unablässig gearbeitet wurde. Man ist in Polen sehr beschäftigt zu Werke gegangen, man hat Erfahrungen gesammelt und hat sich jeweils nach den Erfordernissen der Stunde gerichtet. Jetzt nun wird auch in Polen das Parteienwesen liquidiert, an ihre Stellen treten Persönlichkeiten mit „nachweisbaren Verdiensten um die Volksgemeinschaft“. Das Verhältniswahlrecht ist in der neuen Verfassung nicht mehr vorgesehen und von den beiden Körperschaften des Parlaments wird nunmehr der Senat, der in Zukunft zu einem Drittel dem Staatspräsidenten berufen wird, in den Vordergrund treten. Es ist nicht weiter zu verwundern, wenn nach der Erreichung dieses Wendepunktes, oder wenn man so will, nach der Legalisierung des bisherigen Weges, das polnische Kabinett zurücktritt, wenn sich also, wie man das in Polen zu beobachten pflegt, eine Ablösung der Mache vollzieht. Die polnische Außenpolitik bleibt von diesen rein innenpolitischen Vorgängen naturgemäß unberührt.

Man muß sich bei den Betrachtungen der Vorgänge in Polen vor Augen halten, daß auch in anderen Staaten des europäischen Ostens sich eine ähnliche Entwicklung vollzieht, eine Enttötung vom Parlamentarismus zum autoritären Staat. Sowohl Lettland als auch Estland befinden sich auf dem gleichen Wege und bereiten neue Verfassungen in diesem Sinne vor. Gerade in Estland ist erst vor kurzem eine Verordnung des Ministerpräsidenten erlassen worden, durch die die alten Parteien rechts liquidiert wurden. Die ganze Entwicklung im nahen Osten zeigt, wie stark die Vorgänge in Deutschland sich über die schwarzweißen Grenzpfähle hinaus auswirken.

Das ungeheuerliche Schreckensurteil Die Lehren des Kowno Gerichtes im sogenannten von Kowno. Memelprozeß hat in Deutschland eine starke Erregung ausgelöst, die in zahlreichen Protestkundgebungen ihren Ausdruck gefunden hat. Englische Blätter haben die Befürchtung ausgesprochen, daß durch dieses Urteil die Berliner Besprechungen ungünstig beeinflusst worden seien. Tatsächlich wird man auch bei einer Förderung der Disparitätfrage gar nicht an dem Verhalten Litauens vorbeigehen können. Die ganze ungeheuerliche Entwicklung im Memelgebiet, auf die von deutscher Seite immer und immer wieder hingewiesen worden ist, zeigt zur Genüge, daß vertrauliche Verpflichtungen offenbar nicht gelten, wenn sie sich zugunsten Deutschlands auswirken müßten. Die Unterzeichnermächte des Memelstatuts haben den Dingen lange genug tatenlos zusehen und sie haben sich dann mit einem Protest begnügt, der in Kowno nicht den mindesten Eindruck gemacht hat. Deutschland ist also wieder einmal bereichert worden in seiner Erfahrung, daß Verträge nur gegen Deutschland spielen und daß jedenfalls nach Auffassung gemäßigter Beteiligter „Kollektivpatente“ nur dazu da sind, um das anrüchliche Wort „Bündnisse gegen Deutschland“ zu vermeiden. Das ist eine Lehre, die aus dem Kowno Urteilsspruch gezogen werden muß, der damit zugleich die Nichtigkeit und Notwendigkeit der Politik bestätigt, sich nur auf sich selbst zu verlassen, da nur die eigene Kraft, wie es Mussolini so treffend ausgedrückt hat, die Voraussetzung für Schutz und Achtung ist. Inwiefern ist der ungeheuerliche Kowno Spruch gerade im gegenwärtigen Augenblick ein deutliches Warnzeichen und eine nicht zu überhörende Begleitmusik zu den internationalen Verhandlungen.

Die Verhaftung des Journalisten Berthold Jacob.

Verfahren wegen verschiedener schwerer Straftaten. Berlin, 29. März. Zu den in der ausländischen Presse erschienenen irreführenden Meldungen über die Verhaftung des Journalisten Berthold Jacob erzählt das DFB:

Der wegen Landesverrats, Hehlerlei usw. verurteilte und deshalb bereits 1932 in das Ausland geflüchtete Berthold Salomon, genannt Jacob, wurde 1933 ausgebürgert und ist seitdem staatenlos. Er lebte in Strabrunn und gab dort eine Heftkorrespondenz heraus. In den Kreisen der Emigranten spielte er eine gewisse, aber selbst dort stark umstrittene Rolle.

Salomon, genannt Jacob, hatte nach den bisherigen Feststellungen die französisch-schweizerische Grenze bereits illegal überschritten und beabsichtigte, sich ebenfalls auf illegalem Wege in das Reichsgebiet zu begeben, um sich dort mit Vertrauensleuten zu treffen. Es gelang den deutschen Grenzbeamten, ihn beim Grenzübergang anzuhalten, wobei er sich lediglich durch einen längst abgelaufenen und daher ungültigen deutschen Reisepaß ausweisen konnte. Wegen des Fehlens gültiger Ausreisepapiere wurde er zunächst vorläufig festgenommen. Als es sich herausgestellt

Belgien ändert die Goldparität des Belga.

Ein Programm zur Erneuerung der Wirtschaft.

Kammererklärung von Zeelands.

Brüssel, 29. März. In der Kammer verlas heute vormittag Ministerpräsident van Zeeland die von der Öffentlichkeit mit größter Spannung erwartete Erklärung der neuen Regierung. Der Ministerpräsident stellte seinen Ausführungen die Erklärung voran, daß Belgien gezwungen sei, die augenblickliche Goldparität des Belga zu ändern. Die gezielten Verpfändungen über die Einlösung der Banknoten durch die Nationalbank würden aufgehoben. Belgien bleibe dem Grundgesetz der Goldwährung treu und wünsche, daß der Goldstandard unverzüglich wiederhergestellt werde, unter Bedingungen, die kein internationales Funktionieren gewährleisten. Belgien werde sich mit allen Mitteln bemühen, den Abschluß eines internationalen Abkommens zu beschleunigen, durch das die wichtigsten Währungen von neuem auf der Grundlage des Goldstandards stabilisiert werden sollen. In Erwartung dieser Ermächtigung erlaube die Regierung das Parlament um die Ermächtigung, sich dem Goldstandard wieder anzuschließen auf der Grundlage eines Paktes, dem die anderen großen Länder der Welt beitreten hätten, und zwar auf neuem Niveau, das nicht dem heutigen entspräche, das aber keinesfalls niedriger als 30 v. H. des gegenwärtigen Standes sein würde. Bis dahin werde die Stabilität des Belga im Auslande von der Nationalbank gesichert, die durch Verpfändung eines zu schaffenden „Equalisationsfonds“ die Käufe und Verkäufe tätigen werde zu einem Kurs, der vom belgischen Ministerrat nach vorherigem Anhören der Nationalbank festgesetzt werde.

Im zweiten Teil der Regierungserklärung entwarf van Zeeland ein Programm, das sich, wie er erklärte, die vollkommene wirtschaftliche Erneuerung Belgiens zum Ziele setzte. Die einzige und wirkliche Methode, um zu einer Auffassung der Arbeitslosigkeit zu kommen, sei die wirtschaftliche Expansion.

Das Programm sieht u. a. vor: Einführung einer Bankkontrolle; Senkung der Produktionskosten durch Erleichterung der öffentlichen Lasten, Steuern und sämtlicher Abgaben, die die Wirtschaft belasten; Reorganisation des öffentlichen Dienstes; Durchführung eines großen Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere zur Beschäftigung der jugendlichen Arbeitslosen; Sicherung des Reallohnes, wobei eine Anpassung der Löhne an eine mögliche Steigerung der Kleinhandelspreise vorgesehen ist; schrittweise Organisation der Wirtschaft nach dem Berufsgruppenprinzip; Liquidierung ungesunder Wirtschaftsunternehmen und Förderung der Industrie, die sich der Herstellung solcher Ergebnisse widmen, die Belgien infolge seiner Abhängigkeit von den ausländischen Märkten künftig nicht mehr aus dem Auslande beziehen will.

Anerkennung der Sowjetunion.

Zur Außenhandelspolitik wird in der Regierungserklärung betont, daß Belgien nicht zögern werde, sich dem System der Präferenzabkommen zu eigen zu machen, wenn dieses den belgischen Interessen entspreche, ohne daß Belgien damit allerdings auf seine vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit verzichten werde. Belgien werde seine Stützpunkte in dem großen Wirtschaftssystem der Welt suchen.

Zum Schluß des wirtschaftspolitischen Teiles der Regierungserklärung erjagte die Antändigung, daß die Regierung entschlossen sei, Sowjetrußland anzuerkennen, um zu einer Verklärung der Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder zu gelangen.

Die Einzelheiten des Wirtschaftsprogramms sind in zwei Gelegenheitsurteilen niedergelegt, die die Regierung bereits in der Kammer eingebracht hat.

Regierungsstabilität für ein Jahr.

Kurz, aber sehr entschieden, ist der politische Teil der Regierungserklärung. Darin verlangt die Regierung eine Verlängerung der Sondervollmachten um ein ganzes Jahr. Das Parlament wird aufgefordert, sich bis zu einem von der Regierung noch zu bestimmenden Termin zu vertragen. Für die Durchführung des Regierungsprogramms müsse, so heißt es in der Erklärung weiter, die Stabilität der Regierung für mindestens ein Jahr gesichert werden. Die Regierung sei bereit, in der Währungsfrage mit den großen Kommissionen des Parlamentes zusammenzuarbeiten, und sie gebe ebenfalls um ihren Rat zu bitten. Die Regierung müsse darauf bestehen, daß das Parlament schließlich den von der Regierung eingetragenen

hatte, um wen es sich bei dem Festgenommenen handelte, erfolgte seine Verhaftung.

Gegen Berthold Salomon, genannt Jacob, schwört jetzt ein Verfahren wegen verschiedener schwerer Straftaten.

Im Interesse der Untersuchung und Feststellung der Hintermänner in Deutschland konnte bisher über den Vorfall nichts verlautbart werden.

Devisenvergehen bei zahlreichen katholischen Klöstern.

Werte von mindestens 2½ Millionen RM. betroffen. Berlin, 29. März. Einigen umlaufenden falschen Gerüchten wird von der Zollabhandlungsstelle Berlin folgendes mitgeteilt:

Mitte März dieses Jahres fanden wegen delinquenten Verdachtes schwerer Devisen- und Effektenvergehen durch die zuständigen Zollabhandlungsstellen Untersuchungen bei zahlreichen katholischen Klöstern im ganzen Reich statt mit dem Ergebnis, daß große Vergehen in devisenrechtlicher Hinsicht festgestellt wurden. Soweit sich hiervon übersehen ließ, handelt es sich um Werte von mindestens 2½ Mill. RM. Eine Reihe von Geistlichen, Ordensschwestern und Ordensbrütern betrafen sich in falschen Einzelheiten können im Interesse der eingehenden Ermittlungen vorerst nicht bekanntgegeben werden. Weitere Beweise bleiben jedoch vorbehalten.

Haushalt verabschiedete. Dieses Kabinett, das einzig und allein zur Wiederherstellung der Wirtschaft gebildet worden sei, werde sich nicht mit irgendwelchen parteipolitischen Fragen beschäftigen.

Unveränderter außenpolitischer Kurs.

Außenpolitisch werde die bisherige Haltung Belgiens fortgesetzt. Die Außenpolitik müsse unter den augenblicklichen Umständen noch mehr als bisher auf die Bekämpfung der Sicherheitsrisiken und die Festigung des Friedens gerichtet sein. In allen Fragen der Innenpolitik, besonders auf dem Gebiete der Erziehung, der Schule und des Militärs, werde durch einen Bargfrieden zwischen den Parteien der jetzige Zustand aufrechterhalten werden.

Die vergeblichen Versuche den Belga zu halten.

Die Abwertung der Währung sei ein Übel. Sie helfe weder eine Lösung, noch ein Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten dar. Als er aber mit der Regierung beauftragt worden sei, habe er die Abwertung als eine vollendete Tatsache vorgefunden.

Der Ministerpräsident leitete darauf Einzelheiten über die Verpfändung der währungspolitischen Lage mit. Vom 21. Januar bis zum 22. Februar habe der Metallbestand der Nationalbank 500 Millionen eingeebnet. Unmittelbar vor der vorigen Reise der vorigen Regierung habe die Entwicklung fatalistische Formen angenommen. Am 16. März seien innerhalb von zwei Stunden 280 Millionen abgefließen. Die Beträge, mit denen die Nationalbank den Banken zu Hilfe kommen mußte, seien vom 21. Januar bis Ende März auf zwei Milliarden gestiegen. Vor der schließlich unvermeidlich gewordenen Devisenkontrolle habe die Regierung Theunis erzwungen den Versuch gemacht, die Devisenmärkte Belgiens zu neutralisieren. Theunis habe nach der Rückkehr von Paris eingesehen, daß es keine Möglichkeit mehr gebe, den Franken noch weiter wie bisher zu verteidigen. Trotz Devisenkontrolle seien noch 480 Millionen Gold abgefließen. Seit Beginn des Jahres 1934 habe die Nationalbank nahezu 5 Milliarden ausgegeben. Die Regierung müsse jetzt mit der größten Entschiedenheit handeln und zu retten suchen, was noch zu retten sei. Belgien habe alles getan, was in seiner Macht stand, um den Goldstandard aufrecht zu erhalten.

Statt der Devisenpolitik werde nunmehr eine Haussepolitik und eine Politik der wirtschaftlichen Expansion eingeschlagen, wie es große Länder getan hätten. Die Regierung habe die Verantwortung übernommen, das Parlament müsse nunmehr das gleiche tun. Die Regierung habe und solle mit ihm in der Regierungserklärung entwickelten Programm, das ein unteilbares Ganzes darstelle. Auf die verschiedenen Versuche anspielend, die Belgien in der letzten Zeit unternommen hat, um wirtschaftliche Hilfe im Auslande, namentlich in Frankreich zu erlangen, erklärte der Ministerpräsident: Wir nehmen unser Schicksal nunmehr ernstlich in unsere eigenen Hände. Wir können es ab, noch länger als arme Völker wagt in der Familie der Nationen behandelt zu werden. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden wiederholt von Beifallsbezeugungen unterbrochen. Es fiel allgemein auf, daß der Beifall bei den Sozialisten wesentlich härter war als auf den Banken der Konserwativen, der Katholiken und der Liberalen.

Das Programm der Regierung wurde von einem katholisch-konserwativen und einem sozialistischen Abgeordneten einer heftigen Kritik unterzogen. Da die Sozialisten in einer Sitzung vor Beginn der Aussprache unter Fraktionszwang beschließen haben, geschlossen für die Regierung von Zeeland zu stimmen, hat der Einpruch des sozialistischen Redners keine praktische Bedeutung. Die Rede des katholisch-konserwativen Abgeordneten behauptet, daß die katholische Fraktion gespalten ist. Beide Redner, nach der Beschränkung im Ausdruck, daß die Politik der Regierung zur Inflation führe. Ein Vertreter der Sozialisten setzte sich für die Regierung und ihre Abwertungspolitik ein. Am Abend wurde die Sitzung unterbrochen.

Gesamttritt des spanischen Kabinetts.

Keine wesentliche Änderung in der Krisenzusammensetzung zu erwarten.

Madrid, 29. März. Ministerpräsident Lerroux hat Freitagmorgen dem Staatspräsidenten den Rücktritt des Gesamtkabinetts angezeigt.

Vorausichtlich dürfte die neue Regierung sich parteipolitisch mehr oder weniger aus den gleichen Kräften wie die eben zurückgetretene rekrutieren. Schon deshalb wird in weiten Kreisen die Krise als überfällig und für Spanien schädlich angesehen. Einen tiefen Sinn könnte sie nur dann haben, wenn Gil Robles, der Führer der rechten Partei, der katholischen Volkspartei, sich entschließen, die Regierung selbst zu bilden und die Weisheit der Minister für das neue Kabinett zu stellen. Nach dem bisher vorliegenden Nachrichten scheint Gil Robles selbst aber den Zeitpunkt hierfür noch für verfrüht zu halten.

Titulescu und Laval

Sind sich „in allen Punkten einig“.

Paris, 30. März. Außenminister Laval empfing Freitagmorgen den rumänischen Botschafter und den Geschäftsträger der Vereinigten Staaten. Weiter empfing Laval gegen 12 Uhr den rumänischen Außenminister Titulescu, mit dem er die europäische Lage besprach.

Im Anschluß an die erste Unterredung empfingen die beiden Minister die Vertreter der Presse, um eine kurze Erklärung abzugeben. Titulescu wies darauf hin, daß das, was er sagen werde, vielleicht nicht unbedingt erscheinen könne. Unter den gegenwärtigen Umständen habe es aber eine sehr große politische Bedeutung. Außenminister Laval und er seien sich nämlich in allen Punkten einig. Der ersten Fühlungnahme zwischen ihnen würden weitere Unterredungen folgen.

Wiesbadener Haushaltsplan 1935.

Genehmigung durch Stadträte und Ratsherren.

6,27 Mill. RM. Fehlbetrag.

In der Freitag-Sitzung der Stadträte und der Ratsherren wurde der vom Stadtkämmerer vorgelegte Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1935 (1. April 1935 bis 31. März 1936) genehmigt. Wenn man das über 200 Seiten lange Buch, das den Haushaltsplan der einzelnen Verwaltungen enthält, überfliegt, dann kommt die Erkenntnis, daß ein Gemeindefiskus von der Größe Wiesbadens mit seinen 182.000 Einwohnern am 1. Januar 1935 eine Vielzahl von Aufgaben zu erfüllen hat, von denen der Durchschnittsbürger sich nur schwer einen Begriff machen kann, und die doch alle für die Gemeindefiskal der Bürger geleistet werden müssen.

Seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus im Jahre 1933 hat sich die Wirtschaftslage im ganzen deutschen Vaterlande wesentlich gebessert. Wir wissen von anderen deutschen Städten, daß diese Wirtschaftsbesserung sich auch in den städtischen Haushaltsplänen ausgemerkt hat. Der wirtschaftliche Aufschwung und die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Wiesbaden bringen es jedoch mit sich, daß die allgemeine starke Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Wiesbaden noch nicht in demselben Ausmaße ausfinden konnte.

Der neue Haushaltsplan weicht sogar gegenüber dem Haushaltsplan für 1934 eine

Erhöhung des Fehlbetrages

um 0,9 Mill. RM. auf 6,27 Mill. RM. auf, wobei die Vermögensgewinnung der letzter geplanter Monatsüberschüsse vorzuziehen ist. Die Etatsverschlechterung um 0,9 Mill. RM. ist zum größten Teil auf eine Verminderung der Zuschüsse vom Reich und Staat, wie der Reichswohlfahrtshilfe und der Staatsbeihilfe, zurückzuführen.

Der von der ministerialen Instanz angeordnete Vergleich des Etats 1935 mit dem mittl. Ergebnis des Jahres 1933 zeigt eine Erhöhung des Fehlbetrages von insgesamt 2,1 Mill. RM. Diese Verschlechterung setzt sich aus Wiedereinnahmen und Mehrausgaben zusammen. An

Wiedereinnahmen

sind insgesamt etwa 15-16 Mill. RM. eingetreten. Sie beziehen sich in der Hauptsache auf eine Verringerung der Reichs- und Staatsbeihilfe (Reichswohlfahrtsbeihilfe und staatlicher Finanzausgleich) von 0,7 Mill. RM., eine geringere Einnahme aus Steuern von 0,28 Mill. RM., geringere Einnahmen beim Fürstorgeamt (von Unterhaltspflichten u.ä.) 0,18 Mill. RM., Wiedereinnahme der Wegsam 0,13 Mill. RM., geringere Einnahmen aus ausgegebenem Kapital 0,13 Mill. RM., Wiedereinnahmen an Schulgeld und Staatszuschüssen bei der Schulverwaltung 0,12 Mill. RM., Rückgang der Einnahmen bei der Kasse und Kassenverwaltung aus Eintrittsgeldern, Mieten und Pachten 0,13 Mill. RM., Ausfälle an tarifmäßigen Einnahmen der Krankenanstalten durch Zusammenfassung des Kaufmanns- und Entlassungsamtes zu einem Tage bei der Rechnungsstellung 0,09 Mill. RM. An

Mehrausgaben

sind vorgezogen für Gehälter und Löhne 1,5 Mill. RM., wovon 0,55 Mill. RM. allein auf Steigerung der Ruhegehälter entfallen, die z. T. hervorgerufen sind durch eine bestehende starke Überalterung eines Teiles der Beamtenhöfe, die eine Zurückverlegung in den letzten Jahren und in der nächsten Zukunft erforderlich werden läßt. Die Überalterung ist in der Hauptsache durch das rasche Anwachsen Wiesbadens um die Jahrhundertwende entstanden, die eine Erweiterung der Verwaltung im Gefolge hatte. Ein Teil des Mehrausgaben ist auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zu rechnen. Nennenswerte weitere Mehrausgaben entstehen durch den Schuldenzinsdienst für Darlehen zur Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Von der Umwidmung öffentlicher Flächen hat Wiesbaden nur wenig Nutzen ziehen können, so daß trotz der Verringerung der Ausgaben für die Umwidmung die Gesamtmehrausgabe im

Schuldenzins immer noch 0,19 Mill. RM. beträgt. Insgesamt sind 1,8 Mill. RM. Darlehen aufgenommen worden, für die der jährliche Schuldendienst 0,21 Mill. RM. ausmacht. Eine durch die Stadt unbeeinflussbare Mehrausgabe ist auch durch die höhere Anforderung für die Zinsenabgabe und Polizeistrafen von 0,27 Mill. RM. entstanden.

Der Zufuß des Fürstorgeamtes, der um 0,8 Mill. RM. unter dem 1933 liegt, ist auf den Rückgang der Wohn- und Heizkostenzuschüsse zurückzuführen. Der Rückgang hat sich auch in 1934 fortgesetzt; trotzdem beträgt eine Mehrausgabe beim Fürstorgeamt gegenüber 1934 von 0,26 Mill. RM., die sich in der Hauptsache aus einer Erhöhung der Ausgaben für die Unterhaltungen bei den sonstigen Erwerbslosen (z. B. nicht anerkannten), den Wohlfahrtsleistungen, Kleintrenten und Sozialrenten erklärt. Das Fürstorgeamt ist nach wie vor noch die Verwaltung mit dem höchsten rätlichen Zufuß.

Dieser Zufuß ist immer noch so beträchtlich, daß er den Überfuß der Steuerverwaltung fast völlig aufhebt. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, liegt Wiesbaden mit seinen Wohlfahrtsleistungen mit an der Spitze sämtlicher Städte von gleichem Rang.

Eine Erhöhung der Ausgaben ist auch bei dem Haushaltsabchnitt Pflege von Wissenschaft und Kunst eingetreten, der seit 1933 keine Ausgaben von 0,21 Mill. RM. erhielt hat. Die Mehrausgaben, die sich im Sinne der neuen kulturellen Richtlinien bewegen, sind in der Hauptsache auf eine bessere Ausgestaltung der städtischen Landesbibliothek, die in den letzten Jahren in ihren Ausgaben sehr stark eingeschränkt worden war, auf die Schaffung einer Volksbühne und auf die Ausgestaltung der rätlichen Sammlungen im Museum zurückzuführen.

Organisatorische Änderungen.

Mäher der eräusserten organisatorischen Änderung: Schaffung einer Volksbühne ist seit 1933 an weiteren organisatorischen Änderungen eingetreten bzw. vorgesehen: Schaffung eines Personalmtes unter Abtrennung der entsprechenden Arbeiten von dem Büro der Hauptverwaltung.

Neuschaffung einer Liegenschaftsverwaltung auf Grund der Bestimmungen des Gemeindefinanzgesetzes, einer im Interesse einer einheitlichen Vergebung von städtischen Aufträgen liegende Bedienstungstelle, Aufhebung der Verwaltungskassen Frauenkassen, 3. Stadt, Kassen und Heil- u. Zusammenlegung der Kassen der Fürstorgans, 3. Kassen, 1. Kassen der Stadtkassen und der Kassen und Abtrennung der Jugendpflege von dem Amt für Heilbeschädigten und Jugendpflege und Angliederung derselben an die Schulverwaltung.

Besserung bei den Steuererträgen.

Eine erfreuliche Besserung, wenigstens gegenüber 1934, macht sich bei den Steuern bemerkbar. Der Überfuß der Steuerverwaltung nach dem Voranschlag für 1935 ist gegenüber dem wirtlichen Ergebnis 1933 zwar noch um rund 0,2 Mill. RM. zurückgefallen. Die Ursache liegt aber hauptsächlich darin, daß das Ergebnis der Steuererhebung in 1933 ein unerwartet günstiges gewesen ist, was einmal auf die eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine mit im Zusammenhang stehende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Die Besserung bei den Steuern hat sich gegenüber dem Voranschlag 1933 um rund 2 Mill. RM. gebessert. Eine weitere Besserung kann zunächst nicht erwartet werden. In eine Senkung der Steuern, zu wünschen wert, ist es erscheinen mag, kann augenblicklich nicht gedacht werden. Sie könnte in Hinblick auf den hohen Fehlbetrag des städtischen Haushalts, der durch die Arbeitsbeschaffung auch gar nicht gemindert werden kann, andererseits wird, obwohl in Hinblick auf den Fehlbetrag eher eine Erhöhung der Steuererträge gerechtfertigt erscheinen, eine solche nicht mehr eintreten.

Eine Besserung der Wirtschaftslage wird von der Gemeindefiskal der Stadt Wiesbaden erhofft werden können. Seit Jahren bewegen sich die Bemühungen in dieser Richtung, wird doch durch das Spiel eine starke Zunahme des Fremdenverkehrs erwartet. Daneben bemüht sich die Stadtverwaltung, durch geeignete Maßnahmen er wünschten Zugang in jeder Weise zu fördern. Der bis jetzt erzielte Erfolg muß als sehr erfreulich bezeichnet werden. Nach einer durch das Statistische Büro der Stadt Wiesbaden durchgeführten Bearbeitung des Materials der Wohnungszählung vom 10. 10. 1934, auf die wir gebietet zurückkommen werden, sind die leerstehenden Wohnungen gegen vor ein paar Jahren erheblich zurückgegangen. Der Rückgang ist so stark, daß der Fehlbetrag der leerstehenden Wohnungen fast unter dem der Betriebslosigkeit liegt. Die erfreuliche Tatsache dürfte im wesentlichen auf einen Wandelungsgewinn im letzten Jahre von rund 1000 meist zahlungsträger Personen zurückzuführen sein. Eine große Anzahl leerstehender Wohnungen wurde auf Grund dessen umgebaut, wobei durch Teilung übergrößer Wohnungen der geminderten Kaufkraft entsprechender neuer Wohnraum geschaffen wurde. Zu diesem Zwecke sind aus Beihilfen und Darlehen öffentliche Mittel bereitgestellt worden. Das dieses Handwerk und Gewerbe ist allein durch diese Arbeiten mit rund einer Million RM. befristet worden.

Für die Zukunft wird erwartet, daß die Bauaktivität durch den Zugang eines starken Auftriebs erhöht wird und auch der Arbeitsbeschaffung dadurch Fortschub geschaffen wird. Leider ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die eingeleiteten Maßnahmen ausreichen werden, um die Arbeitslosen in Wiesbaden reiflos wieder in Arbeit zu bringen. Mangelnde Industrie wird eine Besserung nach dieser Richtung hin nur erwarten können, wenn eine Umwälzung von Arbeitskräften mit dem Ziele der arbeitswertigen Unterbringung erfolgt. Durch die Einführung der Wehrpflicht kann auch mit einer gewissen Entlastung des Arbeitsmarktes gerechnet werden. In welchem Umfang, kann allerdings im Augenblick noch nicht überblickt werden.

Alles in allem kann gesagt werden, daß wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken können. Wenn auch der wirtschaftliche Aufschwung noch langsam vor sich geht, so sind doch alle Kräfte am Werk, die Wirtschaftslage Wiesbadens zu bessern. Aufgabe der Wiesbadener Bevölkerung muß es sein, alle Bemühungen der Stadtverwaltung nach besten Kräften zu unterstützen.

Der Bischof von Mainz.

Ludwigshafen, 30. März. Seine Excellenz der hochwürdig Herr Bischof Dr. Ludwig Maria Hugo verließ heute nacht 12.47 Uhr ruhig und sanft im Herrn. Die Leiche wird in der St. Bonifatiuskirche in Ludwigshafen aufgebahrt und um 14 Uhr durch den hochwürdigsten Herrn Bischof von Speyer eingeleitet, danach erfolgt die Überführung nach Mainz.

Der Verstorbenen war am 19. Januar 1871 als Sohn eines Lehrers zu Arheim bei Landau in der Rheinpfalz geboren. Seine Gymnasialstudien machte er an der Lateinschule zu Grünstadt und an der Studienanstalt in Speyer. Im Jahre 1889 besog er zunächst die Universität Innsbruck, die er nach vier Semestern mit dem Collegium Germanicum und der Gregorianischen Universität in Rom vertauschte. Am 28. Oktober 1891 wurde er in Rom zum Priester geweiht. Danach wirkte er in Kapfen in Ansbach, Deldeheim und Kallerslautern, wurde 1902 Bischof im Bistum Speyer, kam im Jahre 1904 wieder in Kemigshausen. Im Jahre 1905 zum Domvikar in Speyer ernannt, war er Sekretär der Bischöfe Bülth und Faulhaber. Im Jahre 1911 wurde ihm die Pfarrei Wiesbaden übertragen, von wo er 1915 als Regens des Priesterseminars nach Speyer berufen wurde. Dr. Ludwig Maria Hugo genog den Ruf eines bedeutenden Theologen. Auch ein hervorragendes Sprachtalent war ihm zu eigen und er beherrschte die Bibelhebräisch und mehrere moderne Sprachen. Papst Benedikt hatte ihn zugleich mit der Ernennung zum Kardinal zum Erzbischof von Salzburg ernannt. Am 28. März 1934 wurde Dr. Ludwig Maria Hugo als Bischof von Mainz konsekriert und Inthronisiert.

„Sprache Deutscher Landschaft.“

„Wer einen Dichter recht verstehen will, muß seine Heimat kennen; auf ihre Hügel steigt er der Grundton gedaut, der dann durch alle seine Bücher wie ein unaussprechliches Heimathaus durchschallt.“ (Göthe). In dieser Bemerkung auf die enge Verbindung zwischen dem heimatischen Boden und dem in ihm verwurzelten Dichter hingewiesen, dem nur das tiefe Bewusstsein in „seiner“ Landschaft die Kraft zum Höchsten des Dichtertums gegeben wird. Welche die Dichtung nicht im landschaftlichen vermagt sein, so führt sie zum Dichter, das sie erst ausmacht. Die höchst entwickelte Kunstform, könnte nicht über die Qualität hinausgehen. Statt der heimatische Scholle tauchte nur dem geliebten Auge des Lesers oder Hörers — ein Schreibruch auf.

Das Wort von „Blut und Boden“ hat hier im Bezirk der lebendigen Dichtung zweifelslos seine Gültigkeit. Ohne die gewöhnliche Wechselbeziehung von Natur und Mensch ist Dichtung nicht denkbar. Mit ihr erhält sie den Glanz des Ewiges.

Wir danken es Professor Friedrich Karl Rodemeyer, daß er diese Beziehung zwischen Volk, Landschaft und Sprache erneut und zeitlich im Licht der Erkenntnis gerückt hat. Die mannigfaltigen Erscheinungen im Leben unseres Volkes werden von ihm in zum Teil neuer Sicht gesehen und gedeutet. Lange Jahre waren notwendig, um die Bindungsbeziehung zwischen Natur und Mensch, zwischen Landschaft und Volk innerhalb des deutschen Lebensraumes aufzuklären und zu erklären. Da sein Buch ein „Vollbuch“ im besten Sinne des Wortes werden sollte und keine „gelehrte“ Monographie, die bei der wissenschaftlichen Reizung den Blick auf das Ganze hätte trüben können, so war Rodemeyer vor eine besonders lästige Aufgabe gestellt; gilt es doch, die „Hülle des Geistes“, wie sie ihm bei seinem zum Teil mit Transferten Studenten unternommenen Erforschen durch viele Landschaften deutscher Gauen erschlossen haben, mit der Fülle der Heimbrände zu verbinden und aus dieser Welt der optischer und akustischer Eindrücke, die ihm die verschiedenen Bezirke deutscher Landschaft vermitteln, eine Auswahl zu treffen, die in einem handlichen Büchlein niederlegt, in dem das Wesen der Eindrücke in eine geordnete Einheit umzufassen war.

Dabei ist die enge Beziehung zwischen Landschaft und Sprache nicht etwa ein Phänomen, dem etwas Ähnliches anhangt, auf das die Menschen erst mit Eifer hingewiesen werden müssen. Vielmehr ist dieser Zusammenhang selbst als ein Satz des gesunden Volkes erkennbar; daß sich der Mensch doch häufig mehr oder weniger bewußt mit ihm auseinandersetzt. Bei der Bemühung des Verfassers, das Wesen der Landschaft zu umfassen, vertritt er nicht die Menschen, ihre Häuser, ihre Gewässer, ihre Gebirge, nicht zuletzt ihre Sprache einzubringen, um in der mit prägnanter Einführung hervorzuheben, Charakteristika der Welten der Landschaft aufzuzeigen. Natürlich genügt nicht das Sehen und Hören allein, um der Landschaft geistig inne zu werden. Um vordergründigen Behaupten muß das hintergründige Erleben treten, zu der Erkenntnis des Begrenzten die Abnung des Unbegrenzten, zur Betrachtung des Gegenwärtigen das Wissen um das Gewerdene, zum Zeitlichen das Ewigkeit des Ewiges.

Von besonderer Aktualität erscheint Rodemeyers Deutung der Grenze als etwas „Naturgegebenes und nicht als Willkürliches“. „Die (die Grenze) wird nicht künstlich errichtet, gemacht, sondern sie wächst. In solcher Grenzverflechtung und solchen Grenzraum treten Volk und Sprache in eine lebendige Beziehung.“

Auch was Rodemeyer über die Mundarten geschrieben hat, verlohnt sich, in Kluge nachzugehen zu werden. Die Mundart ist in der „Beweltung der Landschaft und Mensch im Wandel der Natur zur Kulturlandschaft, einem Selbstwachsen mit all seinen gewöhnlichen Bindungen, auch mit seinem Natur gegeben und willkürlicher Art verbunden.“ Die naturgemäß umgrenzte Sprache, die sich nach der Natur hin anfüllt differenziert. Die Mundart bildet aus eine Art Grenze zwischen Land und Stadt, zwischen Landschaft und Stadtschaft. Die Spannungen zwischen Land und Stadt, Mundart, Umgangssprache und Hochsprache, Volkssprache und Kunstprache sind in den verschiedenen Völkern der Art wie dem Interessensgrad nach verschieden. Die Schlußfolgerung des Dichters nach der Landschaft ist auch die Schlußfolgerung nach ihrer Sprache. Erst in der Landschaft, die in Bild und Sprache erfahren werden muß, werden wir uns der Kräfte bewußt, die uns das Erleben und weiterzugeben, was uns wirklich vorgeht, was uns durch die Landschaft mit unserem Volke zusammenführt.“

Auch der Strom der Hochsprache (die den wissenschaftlichen Sprachraum der Mundarten überwindet) wird durch den lebendigen Zufuß aus den Mundarten stets frisch erhalten. Und wenn auch die sprachliche Darstellung einer Landschaft zur Dichtung, wird man fragen. Nun, wenn die Land-

schaft, in ihrer magischen, schöpferischen Kraft erfüllt und erschaut, zum Sinnbild des menschlichen Lebens des einzelnen und des Volkes erhoben wird. So wird das künstlerische Schaffen zum geistigsten und in geistigster Form sich ausweitenden Naturgefühl. (Das in dieser Sicht auch das Schaffen des Malers und Malers gesehen werden kann, wird einleuchten.)

Auch zur Religion sind die Beziehungen der Landschaft festzuhalten. Unmöglich, in diesem Rahmen alle anderen Beziehungen nachzuweisen, aus denen heraus Rodemeyer das Problem Sprache und Landschaft zu sehen und darzulegen weiß, wie wohl die Aufgabe verlohnt wäre. Erwähnt ist jedoch, daß Rodemeyer dem Allgemein das Besondere folgen läßt, indem er mit dem Leser die deutsche Landschaft erwandert und ihn dabei auf Landeisen aufmerksamer machen vertritt. Evident — dies unser Eindruck — hat der Verfasser jeder Landschaft, die er uns in Wort und Bild erschließt, mehr abgelesen, als er uns mitteilt. Aber gerade in der sorgsam getroffenen Auswahl zeigt sich der erfahrene Kenner, der weiß, daß auch im Vorentscheiden eine pädagogische Kunst liegen kann. Die kritischen Anmerkungen, die Marzhen, die Pöde, das Moorland, Weidland, das bergliche Land, die Weier, das, Thüringen, Schwalm, Main, Hesse, Franken, Elbe, Saar, Schwarzwald, Oberbayern, Ostfriesland, die Mark, Nord- und Ostdeutschland, das sind die Stationen der langen Wanderung, die uns mit der beglückenden Vielfalt deutscher Sprache bekannt macht. Die selbstelebenden Bilder zeigen Landschaft, Mensch und typische Wohnstätten und geben in ihrem Zusammenhang die Landschaft festzuhalten. Unmöglich, in diesem Rahmen alle anderen Beziehungen nachzuweisen, aus denen heraus Rodemeyer das Problem Sprache und Landschaft zu sehen und darzulegen weiß, wie wohl die Aufgabe verlohnt wäre. Erwähnt ist jedoch, daß Rodemeyer dem Allgemein das Besondere folgen läßt, indem er mit dem Leser die deutsche Landschaft erwandert und ihn dabei auf Landeisen aufmerksamer machen vertritt. Evident — dies unser Eindruck — hat der Verfasser jeder Landschaft, die er uns in Wort und Bild erschließt, mehr abgelesen, als er uns mitteilt. Aber gerade in der sorgsam getroffenen Auswahl zeigt sich der erfahrene Kenner, der weiß, daß auch im Vorentscheiden eine pädagogische Kunst liegen kann. Die kritischen Anmerkungen, die Marzhen, die Pöde, das Moorland, Weidland, das bergliche Land, die Weier, das, Thüringen, Schwalm, Main, Hesse, Franken, Elbe, Saar, Schwarzwald, Oberbayern, Ostfriesland, die Mark, Nord- und Ostdeutschland, das sind die Stationen der langen Wanderung, die uns mit der beglückenden Vielfalt deutscher Sprache bekannt macht. Die selbstelebenden Bilder zeigen Landschaft, Mensch und typische Wohnstätten und geben in ihrem Zusammenhang die Landschaft festzuhalten.

Was man nicht alles zu sagen über die Art und Weise, wie die Dichter die Sprache der Landschaft prägen, bei der der Eindruck des Auges (Fontane) oder die Eindrücke des Ohres (Kleist) überwiegen können. Und könnte man auf die unterschiedliche Himmeln, wie Dichter denselben Stoff aus künstlerischen Winkeln heraus mit mehr oder weniger landschaftlicher Bindung gehalten (Beispiel: Die Fernmannschaft, die bei Kleist von der Landschaft ziemlich abstrahiert als nationales Drama schiedlich inszeniert wurde, während bei Gräbe fast das landschaftliche Schicksal seiner Heimat den Mittelpunkt bildet). Eine gewisse Parallele läßt sich in der Malerei der Landschafts- und Genremalerei feststellen. Es wäre auch daran zu erinnern, wie das schmalste, die Landschaft als handwerkliche Hülle einer Landschaft auch die künstlerischen Menschen fern, zum Beispiel im Schilde der „Künstler des Wortes“ Jacob Böhme und Eisenberg, in Remmer die „Künstler des lichtgewordenen Bildes“ A. D. Friedrich und Philipp Otto Runge.

* Friedrich Karl Rodemeyer, Sprache Deutscher Landschaft. Die kleinen Bücher: (Rohr) Robert Langewiesche-Verlag, Königstein im Taunus und Leipzig.

Wiesbadener Nachrichten.

Das Wetter der nächsten Woche.

Zunächst noch veränderlich. Am vorigen Wochenende hat sich für den nördlichen Teil Deutschlands ein Wetterausgleich eingestellt...

Die Einfuhr einer derartigen Wetterlage ist typisch für das Frühjahr und uns allen als „primäres“ bekannt. Solange das Gebiet hohen Drucks im Südwesten unbeeinträchtigt liegen bleibt...

Der jetzt herrschenden Witterung entspricht auch der Weg des Frühlings in Deutschland. Die Apfelbäume blühen am ehesten in den tiefliegenden Teilen am Oberrhein...

Wiesbadener Fremdenzahl. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis 28. März angemeldeten Fremden beträgt 15 457 Kurgäste und Passanten.

Eintragungen in das Goldene Buch der Stadt Wiesbaden. Die Städtische Pressestelle teilt mit: Anlässlich der in dieser Woche in Wiesbaden stattgefundenen medizinischen Tagungen haben sich die Korrespondenten...

Schülerinnen-Vorstellung. Mit viel Liebe, großem Eifer und Verständnis haben die Schülerinnen der Studienanstalt eine sehr wirksame Vortragsreihe in Darmstädter Rundart von E. C. Riebergall einstudiert...

Der Deutsche und Österreichische Alpenverein, Sektion Wiesbaden, veranstaltete am Donnerstag im Vortragsaal des Kassaulschen Landesmuseums seinen letzten, fast besuchten Vortragsabend. Leiter G. E. Bauer hielt einen seiner beliebtesten Vorträge über die „An König Laurins Kollergarten“...

Deutsche Hausmusik. Der Verband Deutsche Hausmusik, E. B., Ortsgruppe Wiesbaden, veranstaltete im „Rittorahotel“ einen Abend „Deutsche Hausmusik“...

Erweiterung des Betriebes der Kerobergbahn. Die Städtische Pressestelle teilt mit: Der Betrieb der Kerobergbahn beginnt ab Sonntag, 31. d. M., bis auf weiteres bereits um 10 Uhr...

Kassaulsches Landesmuseum. Mit Ablauf der Wintermonate wird die Dienstleistung der Sammlungen des Kassaulsches Landesmuseums ab 1. April in den Abendstunden wieder eingestellt...

Warnung vor Grabräuberei. Bauernfeldzerweise muß die Friedhofverwaltung immer wieder die Mahnrufschreie hören, daß unehrliche Personen Blumenzirnen, Blumen, Tierkränze und dergleichen auf den Friedhöfen von Gräbern oder von Beisetzungen entwendet...

Treue Mieter. Museumsinspektor Edmund Koch und Frau Maria, geb. Dorman, wohnen heute 25 Jahre im Hause Dohmeier Straße 78.

Friedrichs Staatslotterie. In der amter Leitung von Karl Eismundt und in der Auslieferung von Hanns Friederich am Sonntag im Großen Haus stattfindenden Verlosung der multistufigen Lotterie „Der abstrunne Jäger“...

Kurhaus. Zu Ehren des berühmten, in Wiesbaden verstorbenen Violoncellisten Franz A. H. dessen Todestag sich am 31. März um 26. Male feiert, wird am Sonntagabend in einer Pause des Sinfoniekonzertes im Kurhaus der WGB „Germania“ unter seinem Dirigenten E. H. Hübner...

2 Kompositionen von Mozart-Bisont spielen, ferner die monumentale aufgeführte Passacaglia und Fuge von Beethoven...

Die „Mothänen-Passion“ von Heinrich Schütz, die am Sonntag, 31. März, um 20 Uhr in der Lutherkirche anlässlich des Schütz-Jubiläums zum ersten Male durch den „Wiesbadener Madrigalchor“ unter der Leitung von Dr. Ernst Sauer aufgeführt wird...

Wiesbaden-Betrieb.

Am Stellwerk 9 in Wiesbaden-Bierich-Ost wurde am Freitagmittag um 11.25 Uhr ein etwa 50 Jahre alter Mann vom dem Verlangen Wiesbaden-Niederlahnstein überfahren...

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Aus dem Völkchen, 29. März. Die frühjahrsmäßigen Feldarbeiten haben in diesem Jahre, begünstigt durch die seit Wochen anhaltende trockene Witterung...

Niedersachsen, 29. März. Die Verwaltung der hiesigen Reichsrente, welche am 1. April in Betrieb genommen wird, wurde dem hiesigen Einwohner August Fischer 3. übertragen.

Nüringen, 29. März. Unter harter Anteilnahme wurde gestern Freitag die Städt. Einwohnerin, Frau Heurleite Jahn Wee, zu Grabe getragen. Frau Jahn stand im 92. Lebensjahr...

Alten i. L., 28. März. Im Hotel Lamm waren die Jäger des Bezirks Döhlen versammelt. Kreisjägermeister Sommer-Weisbaden ergriffte Hauptlehrer Jakob Waldorf zum Führer der ins Leben getretenen Ortsgruppe Döhlen...

Verleih, 28. März. In einem unbewachten Augenblick stiel das Kind eines taumtätigen Angefallten in eine geöffnete Balkontüre. Als man das Kind bemerkte, war das Kind bereits ertrunken.

Rundfunk-Ede.

- Beachten Sie am Sonntag! Berlin: 18 Uhr: Der Lebensabend. Heitere Stunde. 19 Uhr: Wahl zum Sonntagabend. 19.40 Uhr: Sportred. 20 Uhr: Unterhaltungskonzert. 21.15 Uhr: Die Witwe Grapin. Heitere Oper. 21.30 Uhr: 18.15 Uhr: Maria Stuart. Trauerspiel. 19.30 Uhr: Sportereignisse. 22.30 Uhr: Schallplattenkonzert. Hamburg: 18.10 Uhr: Franz Schubert. 18.40 Uhr: Deutscher Frühling. Königsberg: 18.30 Uhr: Wolken rüht für den Sommer. 19 Uhr: Bergblütens Zeitvertreib. Musikalischer Morgen. 19.30 Uhr: Wunschabend. 22.20 Uhr: Rückblick auf die olympischen Ereignisse des Monats. Leipzig: 18.10 Uhr: Sigt und Maria. Volkshilf. 19.20 Uhr: Funterbericht von der Denkmalsweide der Gefallenen des ehem. Jellistrellischen Regiments Leipzig. 19.35 Uhr: Funterbericht vom Fußballspiel Gau Sachsen - Gau Mittelhessen. 22.30 Uhr: Nachtmusik. München: 18.45 Uhr: Der Kreuzerjüngling. Landspiel. Stuttgart: 18.30 Uhr: Bernhard Lütz. 19.15 Uhr: Welterfolge der Oper. 21 Uhr: Carl Maria von Weber in Stuttgart. 22.30 Uhr: Schumann-Lieder. 24 Uhr: Nachtmusik.



Wo Sie auch tätig sind

— im Amt — im Büro — im Laboratorium — im Atelier — zwischendurch brauchen die ermüdeten Nerven eine Erfrischung. Dann ist eine gute Tasse Kaffee das Richtige. Guten Kaffee bereitet man durch die Beigabe von Franck Spezial. Diese appetitliche neuartige Kaffeewürze in Griefform gibt jedem Kaffee — selbst feinstem Bohnenkaffee — mehr Kraft, Süße, herrliches Aroma und schöne goldbraune Farbe.

Bei Verwendung von Franck Spezial sparen Sie, weil man mit einer kleineren Menge einer guten Sorte Bohnenkaffee ebensoviel kräftigen, goldbraunen Kaffee herstellen kann wie mit der bisher verwendeten größeren Kaffeemenge.



